

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Protokoll vom 24. März 2021
zur Änderung des Abkommens vom 12. April 2012
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich der Niederlande
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur
Verhinderung der Steuerverkürzung auf dem Gebiet
der Steuern vom Einkommen in der durch das
Protokoll vom 11. Januar 2016 geänderten Fassung**

A. Problem und Ziel

Das Mehrseitige Übereinkommen vom 24. November 2016 zur Umsetzung steuerabkommensbezogener Maßnahmen zur Verhinderung der Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung (Multilaterales Instrument – MLI) (BGBl. 2020 II S. 946, 947) wurde am 7. Juni 2017 durch Deutschland unterzeichnet. Ziel ist es, die abkommensbezogenen Empfehlungen des gemeinsamen Projekts der OECD und G20 zur Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung (OECD (2013) Action Plan on Base Erosion and Profit Shifting – BEPS) – insbesondere des Mindeststandards in Aktionspunkt 6 (Vermeidung von Abkommensmissbrauch) und 14 (Verbesserung der Streitbeilegung) – in die zwischen den beigetretenen Staaten bestehenden Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) zu implementieren. Für die Wirkung des MLI ist jedoch entscheidend, welche Auswahlentscheidungen die einzelnen Unterzeichnerstaaten getroffen haben und inwieweit eine Übereinstimmung der Auswahlentscheidungen im jeweiligen bilateralen Verhältnis vorliegt („matching“).

Mit den Niederlanden wurde vereinbart, die Ergebnisse der Auswahlentscheidungen zum MLI zwischen Deutschland und den Niederlanden nicht mittels des MLI selbst, sondern über ein bilaterales Änderungsprotokoll umzusetzen. Das Abkommen vom 12. April 2012 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen in der durch das Protokoll vom 11. Januar 2016 geänderten Fassung (BGBl. 2012 II S. 1414, 1415; 2016 II S. 866, 868) wurde daher aus dem Geltungsbereich des MLI ausgenommen.

Des Weiteren erhält im Verhältnis zu den Niederlanden bislang der Ansässigkeitsstaat das Besteuerungsrecht an Leistungen aus der gesetzlichen Sozialversicherung des anderen Staates, wenn diese einen Gesamtbetrag von 15 000 Euro im Jahr nicht überschreiten. Folglich erhalten die Niederlande das Besteuerungsrecht an Leistungen aus der deutschen gesetzlichen Sozialversicherung, die eine in den Niederlanden ansässige Person erhält. Für einige Entgeltersatzleistungen aus der deutschen gesetzlichen Sozialversicherung kann diese Zuweisung des Besteuerungsrechts dazu führen, dass diese in den Niederlanden der Besteuerung unterliegen. So wird beispielsweise das „Kurzarbeitergeld“ nach der deutschen Sozialgesetzgebung (§ 106 Absatz 1 Sozialgesetzbuch III) auf Basis der sogenannten Nettoentgeltdifferenz zwischen dem Lohn, den die Beschäftigten ohne den Arbeitsausfall hätten, und dem bei Kurzarbeit noch verbleibenden Lohn, berechnet. Dabei wird nicht der Bruttolohn verglichen, sondern – unabhängig von der Ansässigkeit der Leistungsempfänger – ein pauschalierter Arbeitslohn nach Steuern zugrunde gelegt. Insoweit gewährt das deutsche Sozialrecht beim Kurzarbeitergeld einen von vornherein gegenüber dem Brutto-Arbeitsentgelt reduzierten Leistungsanspruch. Eine Besteuerung des deutschen Kurzarbeitergeldes erfolgt daher in Deutschland nicht; die Einnahmen sind gemäß § 3 Nummer 2 a) Einkommensteuergesetz ausdrücklich steuerfrei. Wird die Leistung sodann im anderen Vertragsstaat (Niederlande) besteuert, wird dies von den Betroffenen als doppelte Belastung der Entgeltersatzleistung empfunden. Ein vergleichbares Problem besteht für von Deutschland an eine in den Niederlanden ansässige Person ausgezahltes Elterngeld nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz.

Darüber hinaus sollen mit diesem Protokoll weitere Aktualisierungen und Klarstellungen des Abkommens im Hinblick auf die Qualifikation der Beschäftigten im niederländischen öffentlichen Dienst und den Datenschutz beim Informationsaustausch vorgenommen werden.

B. Lösung

Das Änderungsprotokoll vom 24. März 2021 fügt die sich aus der Übereinstimmung der Auswahlentscheidungen zum MLI ergebenden Regelungen in das Abkommen vom 12. April 2012 ein und nimmt erforderliche Anpassungen und Änderungen an den bestehenden Regelungen vor.

Darüber hinaus wird das Abkommen dahingehend geändert, dass das Besteuerungsrecht an Leistungen aus der gesetzlichen Sozialversicherung (ausgenommen Sozialversicherungsrenten) künftig dem Quellenstaat zugewiesen wird. Durch die Zuweisung an den Quellenstaat wird sichergestellt, dass diese Leistungen entsprechend dem jeweiligen innerstaatlichen Steuerrecht des Quellenstaates behandelt werden. Entsprechendes soll für von Deutschland an eine in den Niederlanden ansässige Person ausgezahltes Elterngeld nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz gelten.

Zudem werden mit diesem Protokoll die weiteren erforderlichen Aktualisierungen und Klarstellungen vorgenommen.

Mit dem vorliegenden Vertragsgesetz soll das Änderungsprotokoll die für die Ratifikation erforderliche Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften erlangen.

C. Alternativen

Keine.

Mit Unterzeichnung des Änderungsprotokolls hat Deutschland das Abkommen vom 12. April 2012 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen in der durch das Protokoll vom 11. Januar 2016 geänderten Fassung (BGBl. 2012 II S. 1414, 1415; 2016 II S. 866, 868) in der Auswahlentscheidung zum MLI von der Liste der erfassten Doppelbesteuerungsabkommen („covered tax agreements“) genommen. Eine Umsetzung der Inhalte dieses Änderungsprotokolls über das MLI selbst ist daher nicht mehr möglich.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Die Maßnahmen dienen der Sicherung des Steueraufkommens. Bei der Änderung des Artikels 17 des Abkommens wird von keinen relevanten Auswirkungen auf das deutsche Steueraufkommen ausgegangen.

E. Erfüllungsaufwand

Es ist davon auszugehen, dass durch das Änderungsprotokoll zum Abkommen kein eigenständiger Erfüllungsaufwand begründet wird. Informationspflichten für die Wirtschaft werden weder eingeführt noch verändert oder abgeschafft. Darüber hinaus führt das Änderungsprotokoll weder für Unternehmen noch für Bürgerinnen und Bürger und für die Steuerverwaltung des Bundes und der Länder zu messbaren Veränderungen des Erfüllungsaufwandes.

Die „One in, one out“-Regel ist nicht anzuwenden, weil es sich um die 1:1-Umsetzung eines völkerrechtlichen Vertrages handelt.

F. Weitere Kosten

Unternehmen, insbesondere den mittelständischen Unternehmen, entstehen durch dieses Gesetz keine unmittelbaren, direkten Kosten. Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind von diesem Gesetz nicht zu erwarten.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DIE BUNDESKANZLERIN

Berlin, 10. Mai 2021

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Herrn Dr. Wolfgang Schäuble
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Protokoll vom 24. März 2021 zur Änderung
des Abkommens vom 12. April 2012 zwischen der Bundesrepublik
Deutschland und dem Königreich der Niederlande zur Vermeidung
der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen in der durch das Protokoll
vom 11. Januar 2016 geänderten Fassung

mit Begründung und Vorblatt (Anlage).

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium der Finanzen.

Der Gesetzentwurf ist dem Bundesrat am 16. April 2021 als besonders
eilbedürftig zugeleitet worden.

Die Stellungnahme des Bundesrates zu dem Gesetzentwurf sowie die Auffassung
der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates werden unverzüglich
nachgereicht.

Mit freundlichen Grüßen



Entwurf**Gesetz**

**zu dem Protokoll vom 24. März 2021
zur Änderung des Abkommens vom 12. April 2012
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich der Niederlande
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur
Verhinderung der Steuerverkürzung auf dem Gebiet
der Steuern vom Einkommen in der durch das
Protokoll vom 11. Januar 2016 geänderten Fassung**

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Den Haag am 24. März 2021 unterzeichneten Protokoll zur Änderung des Abkommens vom 12. April 2012 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen in der durch das Protokoll vom 11. Januar 2016 geänderten Fassung (BGBl. 2012 II S. 1414, 1415; 2016 II S. 866, 868) wird zugestimmt. Das Protokoll wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Das Bundesministerium der Finanzen wird ermächtigt, den Wortlaut des durch dieses Gesetz geänderten Abkommens in der vom Inkrafttreten des Protokolls an geltenden Fassung im Bundesgesetzblatt bekannt zu machen.

Artikel 3

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Protokoll nach seinem Artikel X Absatz 2 Satz 1 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Protokoll ist Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes anzuwenden, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Absatz 3 des Grundgesetzes erforderlich, da das Aufkommen aus den durch das Protokoll betroffenen Steuern gemäß Artikel 106 Absatz 3, 5 und 6 des Grundgesetzes ganz oder zum Teil den Ländern oder den Gemeinden zusteht.

Zu Artikel 2

Das am 24. März 2021 unterzeichnete Protokoll stellt bereits die zweite Änderung des ursprünglichen Abkommens vom 12. April 2012 dar. Aufgrund dieser erneuten Änderungen soll das Bundesministerium der Finanzen aus Gründen der Übersichtlichkeit ermächtigt werden, eine Neufassung des Abkommens im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Protokoll nach seinem Artikel X Absatz 2 Satz 1 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Mit dem Vertragsgesetz erfolgt die Umsetzung des am 24. März 2021 unterzeichneten Protokolls zur Änderung des Abkommens vom 12. April 2012 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen in der durch das Protokoll vom 11. Januar 2016 geänderten Fassung (BGBl. 2012 II S. 1414, 1415; 2016 II S. 866, 868).

Das Vorhaben entspricht einer nachhaltigen Entwicklung im Sinne der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Die dem völkerrechtlichen Vertrag zugrundeliegenden Maßnahmen betreffen folgende Prinzipien für nachhaltige Entwicklung:

„(1.) Nachhaltige Entwicklung als Leitprinzip konsequent in allen Bereichen und bei allen Entscheidungen anwenden.“

Dabei unterstützt das Vorhaben die folgenden Indikatorenbereiche: 8.2 (Staatsverschuldung), 8.3 (Wirtschaftliche Zukunftsvorsorge) und 8.4 (Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit). Eine Nachhaltigkeitsrelevanz bezüglich anderer Indikatoren ist nicht gegeben.

Die Maßnahmen dienen der Sicherung des Steueraufkommens. Bei der Änderung des Artikels 17 des Abkommens wird von keinen relevanten Auswirkungen auf das deutsche Steueraufkommen ausgegangen.

Es ist davon auszugehen, dass durch das Änderungsprotokoll zum Abkommen kein eigenständiger Erfüllungsaufwand begründet wird. Informationspflichten für die Wirtschaft werden weder eingeführt noch verändert oder abgeschafft. Darüber hinaus führt das Änderungsprotokoll weder für Unternehmen noch für Bürgerinnen und Bürger und für die Steuerverwaltung des Bundes und der Länder zu messbaren Veränderungen des Erfüllungsaufwandes. Die „One in, one out“-Regelung ist nicht anzuwenden, weil es sich bei diesem Gesetzentwurf um die 1:1-Umsetzung eines völkerrechtlichen Vertrages handelt.

Unternehmen, insbesondere den mittelständischen Unternehmen, entstehen durch dieses Gesetz keine unmittelbaren, direkten Kosten. Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind von diesem Gesetz nicht zu erwarten.

Da der dem Vertragsgesetz zugrunde liegende völkerrechtliche Vertrag keine Befristung seiner Anwendung enthält, kommt eine Befristung des Vertragsgesetzes nicht in Betracht. Einer Evaluation des Vertragsgesetzes bedarf es nicht, da der dem Vertragsgesetz zugrunde liegende völkerrechtliche Vertrag nur durch einen weiteren bilateralen völkerrechtlichen Vertrag geändert oder durch dessen Kündigung einseitig beendet werden könnte.

Protokoll
zur Änderung des Abkommens vom 12. April 2012
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich der Niederlande
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
und zur Verhinderung der Steuerverkürzung auf dem Gebiet
der Steuern vom Einkommen in der durch das Protokoll
vom 11. Januar 2016 geänderten Fassung

Protocol
tot wijziging van het Verdrag van 12 april 2012
tussen de Bondsrepubliek Duitsland
en het Koninkrijk der Nederlanden
tot het vermijden van dubbele belasting
en het voorkomen van het ontgaan van belasting
met betrekking tot belastingen naar het inkomen
zoals gewijzigd door het Protocol van 11 januari 2016

Die Bundesrepublik Deutschland
und
das Königreich der Niederlande –

De Bondsrepubliek Duitsland
en
het Koninkrijk der Nederlanden –

von dem Wunsch geleitet, ein Protokoll zur Änderung des Abkommens vom 12. April 2012 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen in der durch das Protokoll vom 11. Januar 2016 geänderten Fassung (im Folgenden als „Abkommen“ bezeichnet) zu schließen –

Geleid door de wens een Protocol te sluiten tot wijziging van het Verdrag van 12 april 2012 tussen de Bondsrepubliek Duitsland en het Koninkrijk der Nederlanden tot het vermijden van dubbele belasting en het voorkomen van het ontgaan van belasting met betrekking tot belastingen naar het inkomen zoals gewijzigd door het Protocol van 11 januari 2016 (hierna te noemen “het Verdrag”) –

sind wie folgt übereingekommen:

Zijn het volgende overeengekomen:

Artikel I

Artikel 5 Absatz 7 des Abkommens wird durch folgenden Absatz ersetzt:

„(7) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten folgende Fälle als nicht von dem Ausdruck „Betriebsstätte“ umfasst:

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden,
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden,
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden,
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen,
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, und
- f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter den Buchstaben a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben,

Artikel I

Het zevende lid van artikel 5 van het Verdrag wordt vervangen door het volgende lid:

“(7) Niettegenstaande de voorgaande bepalingen van dit artikel wordt de uitdrukking “vaste inrichting” niet geacht te omvatten:

- a) het gebruikmaken van inrichtingen uitsluitend voor opslag, uitstalling of aflevering van aan de onderneming toebehorende goederen of koopwaar;
- b) het aanhouden van een voorraad van aan de onderneming toebehorende goederen of koopwaar, uitsluitend voor opslag, uitstalling of aflevering;
- c) het aanhouden van een voorraad van aan de onderneming toebehorende goederen of koopwaar, uitsluitend voor bewerking of verwerking door een andere onderneming;
- d) het aanhouden van een vaste bedrijfsinrichting, uitsluitend om voor de onderneming goederen of koopwaar aan te kopen of informatie in te winnen;
- e) het aanhouden van een vaste bedrijfsinrichting, uitsluitend om voor de onderneming enige andere werkzaamheid te verrichten; en
- f) het aanhouden van een vaste bedrijfsinrichting, uitsluitend voor een combinatie van de in de onderdelen a tot en met e genoemde werkzaamheden,

sofern diese Tätigkeit oder im Fall des Buchstabens f die Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.“

Artikel II

Artikel 10 Absatz 2 Buchstabe a des Abkommens wird durch folgenden Buchstaben ersetzt:

„a) 5 Prozent des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der Nutzungsberechtigte eine Gesellschaft (jedoch keine Personengesellschaft) ist, die während eines Zeitraums von 365 Tagen einschließlich des Tages der Dividendenzahlung unmittelbar über mindestens 10 Prozent des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt (bei der Berechnung dieses Zeitraums bleiben Änderungen der Eigentums- oder Inhaberschaftsverhältnisse unberücksichtigt, die sich unmittelbar aus einer Umstrukturierung, wie einer Fusion oder Spaltung, der die Anteile haltenden oder die Dividende zahlenden Gesellschaft ergeben würden).“

Artikel III

Artikel 13 Absatz 2 des Abkommens wird durch folgenden Absatz ersetzt:

„(2) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung von Aktien an einer Gesellschaft oder von vergleichbaren Anteilen, die nicht an einer anerkannten Börse notiert sind, erzielt, können im anderen Staat besteuert werden, sofern der Wert dieser Aktien oder vergleichbaren Anteile zu irgendeinem Zeitpunkt während der 365 Tage vor der Veräußerung zu mehr als 75 Prozent unmittelbar oder mittelbar auf im anderen Vertragsstaat belegtem unbeweglichem Vermögen im Sinne des Artikels 6 beruhte, ausgenommen unbewegliches Vermögen, in dem diese Gesellschaft oder die Inhaber dieser Anteile ihre Geschäftstätigkeit ausüben. Diese Gewinne können jedoch nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der ansässigen Person vor der ersten Veräußerung weniger als 50 Prozent der Aktien oder vergleichbaren Anteile gehörten oder
- b) die Gewinne im Rahmen einer Unternehmensumstrukturierung, -fusion, -spaltung oder ähnlichen Transaktion erzielt werden.“

Artikel IV

Artikel 17 des Abkommens wird durch folgenden Artikel ersetzt:

„Artikel 17

Ruhegehälter, Renten und Sozialversicherungsleistungen

(1) Vorbehaltlich des Artikels 18 Absatz 2 können Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gezahlt werden, sowie Renten, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden. Ruhegehälter und andere Leistungen, die im Rahmen der Bestimmungen eines Sozialversicherungssystems eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person ausgezahlt werden, können nur in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 kann ein Ruhegehalt oder eine ähnliche Vergütung sowie eine Rente oder ein nach den Bestimmungen eines Sozialversicherungssystems eines Vertragsstaats ausgezahltes Ruhegehalt (Sozialversicherungsrente) auch in dem Vertragsstaat, aus dem es oder sie bezogen wird, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden, wenn sein oder ihr Gesamtbruttobetrag in einem Kalenderjahr die Summe von

op voorwaarde dat die werkzaamheid, of, in het geval van onderdeel f, het geheel van de werkzaamheden van de vaste bedrijfsinrichting, van voorbereidende aard is of het karakter van hulpwerkzaamheid heeft.”

Artikel II

Onderdeel a van het tweede lid van artikel 10 van het Verdrag wordt vervangen door het volgende onderdeel:

„a) 5 percent van het brutobedrag van de dividenden, indien de uiteindelijk gerechtigde een lichaam is (niet zijnde een samenwerkingsverband) dat onmiddellijk ten minste 10 percent bezit van het kapitaal van het lichaam dat de dividenden betaalt gedurende een periode van 365 dagen waarin de dag valt waarop de dividenden betaald worden (voor het berekenen van die periode wordt geen rekening gehouden met veranderingen van eigendom die rechtstreeks voortvloeien uit een bedrijfsreorganisatie, zoals een fusie of een splitsing, van het lichaam dat de aandelen bezit of de dividenden betaalt);“

Artikel III

Het tweede lid van artikel 13 van het Verdrag wordt vervangen door het volgende lid:

„(2) Voordelen verkregen door een inwoner van een verdragsluitende staat uit de vervreemding van aandelen in een lichaam, of van daarmee vergelijkbare belangen, niet zijnde aandelen of daarmee vergelijkbare belangen die genoteerd staan aan een erkende effectenbeurs, mogen in de andere verdragsluitende staat worden belast indien, op enig tijdstip gedurende de periode van 365 dagen voorafgaand aan de vervreemding, meer dan 75 percent van de waarde van die aandelen of daarmee vergelijkbare belangen direct of indirect bepaald wordt door onroerende zaken, zoals omschreven in artikel 6, die in die andere verdragsluitende staat zijn gelegen, niet zijnde onroerende zaken waarin dat lichaam of de houders van die belangen hun bedrijf uitoefenen. Deze voordelen zijn echter uitsluitend belastbaar in de eerstgenoemde staat indien:

- a) de inwoner vóór de eerste vervreemding minder dan 50 percent van de aandelen of daarmee vergelijkbare belangen bezat; of
- b) de voordelen voortvloeien uit een bedrijfsreorganisatie, fusie, splitsing of soortgelijke transactie.“

Artikel IV

Artikel 17 van het Verdrag wordt vervangen door het volgende artikel:

„Artikel 17

Pensioenen, lijfrenten en socialezekerheidsuitkeringen

(1) Onder voorbehoud van de bepalingen van artikel 18, tweede lid, zijn pensioenen en andere soortgelijke beloningen betaald aan een inwoner van een verdragsluitende staat alsmede lijfrenten betaald aan een inwoner van een verdragsluitende staat slechts in die staat belastbaar. Pensioenen en andere uitkeringen betaald krachtens de bepalingen van een socialezekerheidsstelsel van een verdragsluitende staat aan een inwoner van de andere verdragsluitende staat zijn slechts in die andere staat belastbaar.

(2) Niettegenstaande de bepalingen van het eerste lid, mag een pensioen of andere soortgelijke beloning, alsmede een lijfrente of een pensioen betaald krachtens de bepalingen van een socialezekerheidsstelsel van een verdragsluitende staat (socialezekerheidspensioen) ook worden belast in de verdragsluitende staat waaruit het of deze afkomstig is, in overeenstemming met de wetgeving van die staat, indien het totale bruto-

15 000 Euro übersteigt.

(3) Ungeachtet der Absätze 1 und 2 kann eine Leistung, die nach den Bestimmungen eines Sozialversicherungssystems eines Vertragsstaats ausgezahlt wird und keine Sozialversicherungsrente ist, auch in diesem Staat besteuert werden.

(4) Ist dieses Ruhegehalt oder diese ähnliche Vergütung sowie Rente oder Sozialversicherungsrente nicht regelmäßig wiederkehrender Art, so können die Einkünfte ungeachtet der Absätze 1 und 2 auch in dem Vertragsstaat besteuert werden, aus dem sie bezogen werden.

(5) Wiederkehrende und einmalige Leistungen, die ein Vertragsstaat oder eine seiner Gebietskörperschaften an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person als Entschädigung für politische Verfolgung oder für Unrecht oder Schäden aufgrund von Kriegshandlungen (einschließlich Wiedergutmachungsleistungen) oder des Wehr- oder Zivildienstes oder eines Verbrechens, einer Impfung oder ähnlicher Vorkommnisse zahlt, können ungeachtet der Absätze 1 bis 4 nur im erstgenannten Staat besteuert werden.

(6) Ein Ruhegehalt oder eine ähnliche Vergütung oder eine Rente gilt als aus einem Vertragsstaat bezogen, soweit die mit dem Ruhegehalt oder der ähnlichen Vergütung oder der Rente zusammenhängenden Beiträge oder Zahlungen oder die daraus erlangten Ansprüche in diesem Staat zu einer Steuervergünstigung führten. Die Übertragung eines Ruhegehalts oder einer ähnlichen Vergütung oder einer Rente von einem Pensionsfonds oder einer Versicherungsgesellschaft in einem Vertragsstaat auf einen Pensionsfonds oder eine Versicherungsgesellschaft in einem anderen Staat schränkt die Besteuerungsrechte des in Satz 1 genannten Staates nicht ein.

(7) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln in gegenseitigem Einvernehmen, wie Absatz 2 anzuwenden ist. Außerdem entscheiden sie, welche Angaben eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für die ordnungsgemäße Anwendung des Abkommens im anderen Vertragsstaat vorzulegen hat, insbesondere zur Feststellung, ob die in Absatz 2 genannte Voraussetzung erfüllt ist.

(8) Der Ausdruck „Rente“ bedeutet

- a) im Fall der Niederlande eine Rente im Sinne des niederländischen Steuerrechts, deren Leistungen Teil der steuerpflichtigen Einkünfte aus Arbeit und Wohnimmobilien („belastbaar inkomen uit werk en woning“) sind;
- b) im Fall der Bundesrepublik Deutschland einen bestimmten Betrag, der regelmäßig zu festgesetzten Zeitpunkten lebenslang oder während eines bestimmten oder bestimmbarer Zeitabschnitts aufgrund einer Verpflichtung zu zahlen ist, die diese Zahlungen als Gegenleistung für in Geld oder Geldeswert bewirkte angemessene und vollständige Leistungen vorsieht.“

Artikel V

(1) In Artikel 22 Absatz 1 Buchstabe b des Abkommens werden die Wörter „Artikel 17 Absatz 2 und 3“ durch die Wörter „Artikel 17 Absätze 2 bis 4“ ersetzt.

(2) In Artikel 22 Absatz 2 Buchstabe b des Abkommens werden die Wörter „Artikel 13 Absatz 1, 2 und 3“ durch die Wörter „Artikel 13 Absätze 1 und 3“ ersetzt.

(3) In Artikel 22 Absatz 2 Buchstabe b des Abkommens werden die Wörter „Artikel 17 Absatz 2 und 4“ durch die Wörter „Artikel 17 Absätze 2, 3 und 5“ ersetzt.

(4) In Artikel 22 Absatz 2 Buchstabe c des Abkommens werden die Wörter „Artikel 17 Absatz 3“ durch die Wörter „Artikel 17 Absatz 4“ ersetzt.

bedrag ervan in enig kalenderjaar de som van 15.000 euro te boven gaat.

(3) Niettegenstaande de bepalingen van het eerste en tweede lid, mag een uitkering betaald krachtens de bepalingen van een socialezekerheidsstelsel van een verdragsluitende staat, niet zijnde een socialezekerheidspensioen, ook in die staat worden belast.

(4) Niettegenstaande de bepalingen van het eerste en tweede lid, indien dit pensioen of deze andere soortgelijke beloning, alsmede een lijfrente of socialezekerheidspensioen geen periodiek karakter draagt, kunnen deze inkomsten ook worden belast in de verdragsluitende staat waaruit deze afkomstig zijn.

(5) Niettegenstaande de bepalingen van het eerste, tweede, derde en vierde lid, mogen periodieke en niet-periodieke betalingen gedaan door een van de verdragsluitende staten of een staatkundig onderdeel daarvan aan een inwoner van de andere verdragsluitende staat als schadevergoeding wegens politieke vervolging of wegens een verwonding of schade ten gevolge van oorlog (met inbegrip van restitutiebetalingen) of van militaire of vervangende civiele dienst, een misdrijf, vaccinatie of soortgelijke omstandigheid uitsluitend worden belast in de eerstgenoemde staat.

(6) Een pensioen of andere soortgelijke beloning of lijfrente wordt geacht afkomstig te zijn uit een verdragsluitende staat voor zover de met het pensioen of de andere soortgelijke beloning of lijfrente samenhangende bijdragen of betalingen, dan wel de afspraken op dit pensioen of deze andere soortgelijke beloning of lijfrente in die staat in aanmerking zijn gekomen voor een fiscale facilitatie. De overdracht van een pensioen of andere soortgelijke beloning of lijfrente van een in een verdragsluitende staat gevestigd pensioenfonds of aldaar gevestigde verzekeringsmaatschappij aan een pensioenfonds of verzekeringsmaatschappij gevestigd in een andere staat beperkt op geen enkele wijze de heffingsrechten van de staat genoemd in de voorgaande volzin.

(7) De bevoegde autoriteiten van de verdragsluitende staten regelen in onderlinge overeenstemming de wijze van toepassing van het tweede lid. Zij beslissen tevens welke informatie de inwoner van een verdragsluitende staat ten behoeve van de juiste toepassing van het Verdrag in de andere verdragsluitende staat moet overleggen, met name om te kunnen vaststellen of voldaan is aan de voorwaarde als bedoeld in het tweede lid.

(8) Onder de term “lijfrente” wordt verstaan:

- a) wat Nederland betreft: een lijfrente zoals genoemd in de Nederlandse belastingwetgeving, waarvan de uitkeringen deel uitmaken van het belastbaar inkomen uit werk en woning;
- b) wat de Bondsrepubliek Duitsland betreft: een vaste som, periodiek betaalbaar op vaste tijdstippen, hetzij gedurende het leven, hetzij gedurende een vastgesteld of voor vaststelling vatbaar tijdvak, ingevolge een verbintenis tot het doen van betalingen, welke tegenover een voldoende en volledige tegenprestatie in geld of geldswaarde staat.”

Artikel V

(1) In artikel 22, eerste lid, onderdeel b, van het Verdrag worden de woorden “artikel 17, tweede en derde lid” vervangen door de woorden “artikel 17, tweede, derde en vierde lid”.

(2) In artikel 22, tweede lid, onderdeel b, van het Verdrag worden de woorden “artikel 13, eerste, tweede en derde lid” vervangen door de woorden “artikel 13, eerste en derde lid”.

(3) In artikel 22, tweede lid, onderdeel b, van het Verdrag, worden de woorden “artikel 17, tweede en vierde lid” vervangen door de woorden “artikel 17, tweede, derde en vijfde lid”.

(4) In artikel 22, tweede lid, onderdeel c, van het Verdrag worden de woorden “artikel 17, derde lid” vervangen door de woorden “artikel 17, vierde lid”.

(5) Nach Artikel 22 Absatz 2 Buchstabe d des Abkommens wird folgender Buchstabe e angefügt:

„e) Buchstabe b gilt nicht für Einkünfte einer in den Niederlanden ansässigen Person, wenn die Bundesrepublik Deutschland dieses Abkommen so anwendet, dass diese Einkünfte von der Steuer befreit sind, oder Artikel 10 Absatz 2 auf diese Einkünfte angewendet. In diesem Fall gilt Buchstabe c entsprechend.“

Artikel VI

Nach Artikel 23 Absatz 2 des Abkommens werden folgende Absätze angefügt:

„(3) Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat bezieht und der erstgenannte Staat diese Einkünfte als Einkünfte betrachtet, die einer in einem Drittstaat oder -gebiet gelegenen Betriebsstätte des Unternehmens zugerechnet werden können, sowie
- b) die Gewinne, die dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können, im erstgenannten Staat von der Steuer befreit sind,

gelten die Vergünstigungen dieses Abkommens nicht für Einkünfte, auf die im Drittstaat oder -gebiet weniger als 60 Prozent der Steuer erhoben wird, die im erstgenannten Staat von diesen Einkünften erhoben würde, wenn diese Betriebsstätte im erstgenannten Staat gelegen wäre. In diesem Fall können Einkünfte, für die dieser Absatz gilt, ungeachtet der sonstigen Bestimmungen des Abkommens weiterhin nach dem innerstaatlichen Recht des anderen Staates besteuert werden.

(4) Absatz 3 gilt nicht, wenn die Einkünfte aus dem anderen Staat aus einer durch die Betriebsstätte aktiv ausgeübten Geschäftstätigkeit stammen oder mit einer solchen Geschäftstätigkeit verbunden sind (mit Ausnahme der Vornahme, der Verwaltung oder des bloßen Besitzes von Kapitalanlagen für eigene Rechnung des Unternehmens, es sei denn, es handelt sich dabei um Bank-, Versicherungs- oder Wertpapiergeschäfte einer Bank, eines Versicherungsunternehmens beziehungsweise eines zugelassenen Wertpapierhändlers).

(5) Werden Vergünstigungen nach diesem Abkommen in Bezug auf bestimmte Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person aufgrund des Absatzes 3 versagt, so kann die zuständige Behörde des anderen Vertragsstaats diese Vergünstigungen gleichwohl für diese Einkünfte gewähren, wenn diese zuständige Behörde auf einen Antrag dieser ansässigen Person hin feststellt, dass die Gewährung dieser Vergünstigungen angesichts der Gründe, aus denen diese ansässige Person die Voraussetzungen des Absatzes 3 nicht erfüllt hat (zum Beispiel bestehende Verluste), gerechtfertigt ist. Die zuständige Behörde des Vertragsstaats, bei der nach Satz 1 ein Antrag gestellt wurde, konsultiert die zuständige Behörde des anderen Vertragsstaats, bevor sie dem Antrag stattgibt oder ihn ablehnt.

(6) Ungeachtet der sonstigen Bestimmungen dieses Abkommens wird eine Vergünstigung nach dem Abkommen nicht für bestimmte Einkünfte gewährt, wenn unter Berücksichtigung aller maßgeblichen Tatsachen und Umstände die Feststellung gerechtfertigt ist, dass der Erhalt dieser Vergünstigung einer der Hauptzwecke einer Gestaltung oder Transaktion war, die unmittelbar oder mittelbar zu dieser Vergünstigung geführt hat, es sei denn, es wird nachgewiesen, dass die Gewährung dieser Vergünstigung unter diesen Umständen mit dem Ziel und Zweck der einschlägigen Bestimmungen des Abkommens im Einklang steht.“

(5) Na onderdeel d van het tweede lid van artikel 22 van het Verdrag wordt het volgende onderdeel e toegevoegd:

„e) De bepalingen van onderdeel b zijn niet van toepassing op bestanddelen van het inkomen verkregen door een inwoner van Nederland wanneer de Bondsrepubliek Duitsland de bepalingen van dit Verdrag toepast om deze bestanddelen van het inkomen vrij te stellen van belasting of de bepalingen van artikel 10, tweede lid, op deze bestanddelen van het inkomen toepast. In dat geval zijn de bepalingen van onderdeel c van overeenkomstige toepassing.“

Artikel VI

Na het tweede lid van artikel 23 van het Verdrag worden de volgende leden toegevoegd:

“(3) Wanneer

- a) een onderneming van een verdragsluitende staat inkomsten verkrijgt uit de andere verdragsluitende staat en de eerstgenoemde verdragsluitende staat die inkomsten behandelt als inkomsten die kunnen worden toegerekend aan een in een derde rechtsgebied gelegen vaste inrichting van de onderneming; en
- b) de winst die aan die vaste inrichting kan worden toegerekend, vrijgesteld is van belasting in de eerstgenoemde staat,

zijn de voordelen van dit Verdrag niet van toepassing op enig bestanddeel van het inkomen waarvoor de belasting in het derde rechtsgebied minder bedraagt dan 60 procent van de belasting die in de eerstgenoemde staat over dat inkomensbestanddeel geheven zou worden, indien die vaste inrichting in de eerstgenoemde staat gelegen zou zijn. In dat geval blijft elk inkomen waarop de bepalingen van dit lid van toepassing zijn, belastbaar overeenkomstig de nationale wetgeving van de andere staat, niettegenstaande de overige bepalingen van het Verdrag.

(4) De bepalingen van het derde lid zijn niet van toepassing indien de uit de andere staat verkregen inkomsten voortkomen uit of bijkomstig zijn aan de actieve uitoefening van een bedrijf door middel van de vaste inrichting (niet zijnde het verrichten, beheren of gewoon in bezit houden van beleggingen voor eigen rekening van de onderneming, tenzij deze activiteiten bestaan uit bank- of verzekeringsactiviteiten of effectenhandel die respectievelijk uitgeoefend worden door een bank, een verzekeringsmaatschappij of een geregistreerd effectenbedrijf).

(5) Indien voordelen waarin dit Verdrag voorziet op grond van de bepalingen van het derde lid geweigerd worden ter zake van een bestanddeel van het inkomen dat werd verkregen door een inwoner van een verdragsluitende staat, mag de bevoegde autoriteit van de andere verdragsluitende staat niettemin die voordelen toekennen ter zake van dat bestanddeel van het inkomen indien die bevoegde autoriteit naar aanleiding van een door die inwoner ingediend verzoek oordeelt dat het toekennen van deze voordelen gerechtvaardigd is, gelet op de redenen waarom die inwoner niet aan de vereisten van het derde lid voldeed (zoals het bestaan van verliezen). De bevoegde autoriteit van de verdragsluitende staat waarbij overeenkomstig de voorgaande zin een verzoek is ingediend, raadpleegt de bevoegde autoriteit van de andere verdragsluitende staat alvorens het verzoek in te willigen of af te wijzen.

(6) Niettegenstaande de overige bepalingen van dit Verdrag, wordt een voordeel uit hoofde van dit Verdrag niet toegekend met betrekking tot een bestanddeel van het inkomen indien, alle relevante feiten en omstandigheden in aanmerking genomen, redelijkerwijs kan worden geconcludeerd dat het verkrijgen van dat voordeel een van de voornaamste doelen was van een constructie of transactie die direct of indirect tot dat voordeel heeft geleid, tenzij wordt vastgesteld dat het toekennen van dit voordeel onder die omstandigheden in overeenstemming zou zijn met het voorwerp en doel van de desbetreffende bepalingen van dit Verdrag.”

Artikel VII

Nummer XIII des Protokolls zum Abkommen wird durch folgende Nummer ersetzt:

„XIII. Zu Artikel 17

(1) Der Ausdruck „Sozialversicherungsrente“ umfasst

- a) im Fall der Niederlande
 - aa) alle nach dem Allgemeine Ouderdomswet (AOW) ausgezahlten Beträge,
 - bb) alle nach dem Allgemeine nabestaandenwet (Anw) ausgezahlten Beträge;
- b) im Fall der Bundesrepublik Deutschland
 - aa) alle von den Bundes- und Regionalträgern der Deutschen Rentenversicherung und der Landwirtschaftlichen Alterskasse gezahlten Beträge,
 - bb) alle im Rahmen einer berufsständischen Versorgungseinrichtung ausgezahlten Beträge,

die regelmäßig zu festgesetzten Zeitpunkten lebenslang oder während eines bestimmten oder bestimmbarer Zeitabschnitts aufgrund einer Verpflichtung zur Leistung der Zahlungen zu zahlen sind und als Leibrenten oder andere Leistungen nach § 22 Nummer 1 Satz 3 des Einkommensteuergesetzes gelten.

(2) Der Schwellenwert von 15 000 Euro in Artikel 17 Absatz 2 bezieht sich auf die Summe der Bruttobeträge aller von Artikel 17 Absatz 2 erfassten Arten von Leistungen.

(3) Artikel 17 Absatz 3 gilt analog für von der Bundesrepublik Deutschland an eine in den Niederlanden ansässige Person gezahltes Elterngeld.“

Artikel VIII

Nummer XIV des Protokolls zum Abkommen wird durch folgende Nummer ersetzt:

„XIV. Zu den Artikeln 17 und 18

Ein aus den Niederlanden stammendes Ruhegehalt fällt in den Anwendungsbereich des Artikels 18 Absatz 2, soweit der Anspruch auf dieses Ruhegehalt durch einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften geleistete Dienste (öffentlicher Dienst) erworben wurde, ungeachtet des Schuldners dieses Ruhegehalts. Wurde der Anspruch auf ein Ruhegehalt zum Teil im Rahmen des öffentlichen Dienstes und zum Teil im Rahmen einer anderen unselbstständigen Arbeit erworben, so werden der Teil dieses Ruhegehalts, der Artikel 18 Absatz 2 unterliegt, und der Teil, der Artikel 17 unterliegt, anhand der Anzahl der Jahre, in denen der Anspruch auf dieses Ruhegehalt im Rahmen des öffentlichen Dienstes beziehungsweise im Rahmen einer anderen unselbstständigen Arbeit erworben wurde, im Verhältnis zur Gesamtanzahl der Jahre, in denen der Anspruch auf dieses Ruhegehalt erworben wurde, anteilig ermittelt.“

Artikel IX

Nummer XVIII des Protokolls zum Abkommen wird durch folgende Nummer ersetzt:

„XVIII. Zu Artikel 27

(1) Artikel 27 gilt entsprechend für Informationen, die für die Durchführung der einkommensbezogenen Vorschriften nach dem Recht der Niederlande durch die für die Umsetzung, Verwaltung oder Durchsetzung dieser einkommensbezogenen Vorschriften zuständigen Steuerbehörden der Niederlande erheblich sind.

Artikel VII

Punt XIII van het Protocol bij het Verdrag wordt vervangen door het volgende punt:

“XIII. Ad artikel 17

(1) Het is wel te verstaan dat de uitdrukking “socialezekerheidspensioen” mede omvat:

- a) in het geval van Nederland:
 - aa) elk bedrag betaald krachtens de Algemene Ouderdomswet (AOW);
 - bb) elk bedrag betaald krachtens de Algemene nabestaandenwet (Anw);
- b) in het geval van de Bondsrepubliek Duitsland:
 - aa) elk bedrag betaald door de federale en regionale instellingen van de “Deutsche Rentenversicherung” en de “Landwirtschaftliche Alterskasse”;
 - bb) elk bedrag betaald krachtens een pensioenregeling voor vrije beroepen (“berufsständische Versorgungseinrichtung”);

dat periodiek betaalbaar is op vaste tijdstippen, hetzij gedurende het leven, hetzij gedurende een vastgesteld of voor vaststelling vatbaar tijdvak, ingevolge een verbintenis tot het doen van de betalingen en dat beschouwd wordt als een lijfrente of soortgelijke uitkering volgens artikel 22, nummer 1, derde volzin, van de Wet inkomstenbelasting (Einkommensteuergesetz).

(2) Het is wel te verstaan dat de drempel van 15.000 euro in het tweede lid van artikel 17 verwijst naar het totaal van de brutobedragen van alle soorten uitkeringen waarop het tweede lid van artikel 17 van toepassing is.

(3) De bepalingen van artikel 17, derde lid, zijn van overeenkomstige toepassing op “Elterngeld” dat door de Bondsrepubliek Duitsland aan een inwoner van Nederland wordt betaald.

Artikel VIII

Punt XIV van het Protocol bij het Verdrag wordt vervangen door het volgende punt:

“XIV. Ad artikelen 17 en 18

Een pensioen afkomstig uit Nederland valt onder de reikwijdte van artikel 18, tweede lid, voor zover de aanspraak op dit pensioen is opgebouwd in het kader van diensten verleend aan een verdragsluitende staat of een staatkundig onderdeel of een plaatselijk publiekrechtelijk lichaam daarvan (overheidsdiensten), ongeacht door wie dit pensioen verschuldigd is. Indien de aanspraak op een pensioen is opgebouwd deels in het kader van overheidsdiensten en deels in het kader van een ander dienstverband, wordt het deel van dit pensioen waarop artikel 18, tweede lid, van toepassing is en het deel waarop artikel 17 van toepassing is naar evenredigheid bepaald op grond van het aantal jaren gedurende welke de aanspraak op dit pensioen is opgebouwd onderscheidenlijk in het kader van overheidsdiensten en in het kader van een ander dienstverband ten opzichte van het totaal aantal jaren gedurende welke de aanspraak op dit pensioen is opgebouwd.”

Artikel IX

Punt XVIII van het Protocol bij het Verdrag wordt vervangen door het volgende punt:

“XVIII. Ad artikel 27

(1) De bepalingen van artikel 27 zijn van overeenkomstige toepassing op informatie die van belang is voor de uitvoering van inkomensgerelateerde voorschriften krachtens de Nederlandse wetgeving door de Nederlandse belastingautoriteiten die belast zijn met de implementatie, toepassing of handhaving van deze inkomensgerelateerde voorschriften.

(2) Ungeachtet des Artikels 27 Absatz 2 Satz 2 können alle nach Artikel 27 Absatz 1 von einem Vertragsstaat erhaltenen Informationen ohne weitere Auflagen von diesem Staat auch für die Durchführung der einkommensbezogenen Vorschriften im Sinne des Absatzes 1 verwendet werden.“

Artikel X

(1) Dieses Änderungsprotokoll bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieses Änderungsprotokoll tritt am letzten Tag des Monats in Kraft, der auf den Monat des Austauschs der Ratifikationsurkunden folgt. Das Abkommen und sein Protokoll in der durch dieses Änderungsprotokoll geänderten Fassung sind danach anzuwenden

a) in den Niederlanden

auf Veranlagungsjahre und -zeiträume, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs beginnen, das dem Jahr folgt, in dem das Änderungsprotokoll in Kraft getreten ist;

b) in der Bundesrepublik Deutschland

aa) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt werden, das dem Jahr folgt, in dem das Änderungsprotokoll in Kraft tritt;

bb) bei den übrigen Steuern auf die Steuern, die für Zeiträume erhoben werden, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs beginnen, das dem Jahr folgt, in dem das Änderungsprotokoll in Kraft tritt.

Geschehen zu Den Haag am 24. März 2021 in zwei Urschriften, jede in deutscher und niederländischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

(2) Niettegenstaande artikel 27, tweede lid, tweede volzin, kan uit hoofde van artikel 27, eerste lid, door een verdragsluitende staat ontvangen informatie zonder nadere voorwaarden door deze staat ook worden gebruikt voor de uitvoering van de inkomensgerelateerde voorschriften bedoeld in het eerste lid.”

Artikel X

(1) Dit Wijzigingsprotocol dient te worden bekrachtigd en de akten van bekrachtiging worden zo spoedig mogelijk uitgewisseld.

(2) Dit Wijzigingsprotocol treedt in werking op de laatste dag van de maand volgend op de maand waarin de akten van bekrachtiging zijn uitgewisseld. Dit Verdrag en het Protocol daarbij, zoals gewijzigd bij dit Wijzigingsprotocol, zijn daarna van toepassing:

a) in Nederland:

voor belastingjaren en -tijdvakken die aanvangen op of na 1 januari van het kalenderjaar volgend op het jaar waarin dit Wijzigingsprotocol in werking is getreden;

b) in de Bondsrepubliek Duitsland:

aa) in het geval van belastingen geheven aan de bron, ter zake van bedragen betaald op of na 1 januari van het kalenderjaar volgend op het jaar waarin dit Wijzigingsprotocol in werking treedt;

bb) in het geval van andere belastingen, ter zake van belastingen geheven over tijdvakken beginnend op of na 1 januari van het kalenderjaar volgend op het jaar waarin dit Wijzigingsprotocol in werking treedt.

Gedaan te 's-Gravenhage, op 24 maart 2021, in tweevoud, in de Duitse en de Nederlandse taal, waarbij beide teksten gelijkelijk authentiek zijn.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Voor de Bondsrepubliek Duitsland

Dirk Brengelmann

Für das Königreich der Niederlande
Voor het Koninkrijk der Nederlanden

Jasper Wesseling

Denkschrift**I. Allgemeines**

Das in Den Haag am 24. März 2021 unterzeichnete Änderungsprotokoll ändert das Abkommen vom 12. April 2012 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen in der durch das Protokoll vom 11. Januar 2016 geänderten Fassung (BGBl. 2012 II S. 1414, 1415; 2016 II S. 866, 868).

Die Inhalte des Änderungsprotokolls beruhen im Wesentlichen auf den Arbeiten im Rahmen des Mehrseitigen Übereinkommens vom 24. November 2016 zur Umsetzung steuerabkommensbezogener Maßnahmen zur Verhinderung der Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung (Multilaterales Instrument – MLI) (BGBl. 2020 II S. 946, 947), das am 7. Juni 2017 durch Deutschland unterzeichnet wurde. Ziel ist es, die abkommensbezogenen Empfehlungen des gemeinsamen Projekts der OECD und G20 zur Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung (OECD (2013) Action Plan on Base Erosion and Profit Shifting – BEPS) – insbesondere des Mindeststandards in Aktionspunkt 6 (Vermeidung von Abkommensmissbrauch) – in die zwischen den beigetretenen Staaten bestehenden Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) zu implementieren. Für die Wirkung des MLI ist entscheidend, welche Auswahlentscheidungen die einzelnen Unterzeichnerstaaten getroffen haben und inwieweit eine Übereinstimmung der Auswahlentscheidungen im jeweiligen bilateralen Verhältnis vorliegt („matching“).

Mit den Niederlanden wurde vereinbart, die Ergebnisse der Auswahlentscheidungen zum MLI zwischen Deutschland und den Niederlanden nicht mittels des MLI selbst, sondern über ein bilaterales Änderungsprotokoll umzusetzen. Das Abkommen vom 12. April 2012 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen in der durch das Protokoll vom 11. Januar 2016 geänderten Fassung (BGBl. 2012 II S. 1414, 1415; 2016 II S. 866, 868) wurde daher aus dem Geltungsbereich des MLI ausgenommen.

Darüber hinaus soll mit diesem Änderungsprotokoll das Besteuerungsrecht an Leistungen aus der gesetzlichen Sozialversicherung eines Staates (ausgenommen Sozialversicherungsrenten) künftig dem sog. Quellenstaat zugewiesen werden. Durch die Zuweisung an den Quellenstaat wird sichergestellt, dass diese Leistungen entsprechend dem jeweiligen innerstaatlichen Steuerrecht des Quellenstaates behandelt werden. Entsprechendes soll für von Deutschland an eine in den Niederlanden ansässige Person ausgezahltes Elterngeld nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz gelten.

Zudem werden mit diesem Protokoll weitere Aktualisierungen und Klarstellungen des Abkommens im Hinblick auf die Qualifikation der Beschäftigten im niederländischen öffentlichen Dienst und den Datenschutz beim Informationsaustausch vorgenommen.

II. Besonderes**Zu Artikel I**

Dieser Artikel ersetzt die bisherige Regelung des Artikels 5 Absatz 7 des Abkommens. Im Vergleich zur bisherigen Regelung wird nunmehr klargestellt, dass die darin aufgeführten Tätigkeiten nur dann nicht zu einer Betriebsstätte führen, wenn sie insgesamt vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen.

Zu Artikel II

Dieser Artikel ersetzt die bisherige Regelung des Artikels 10 Absatz 2 Buchstabe a des Abkommens. Im Vergleich zur bisherigen Regelung werden die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme des sog. Schachtelprivilegs bei zwischengesellschaftlichen Dividendenzahlungen dahingehend erweitert, dass dieser Abkommensvorteil nur bei einer Mindesthaltedauer von 365 Tagen an den entsprechenden Anteilen an der die Dividende zahlenden Gesellschaft gewährt wird. So können Gestaltungen, bei denen die Anteile in zeitlicher Nähe zum Dividendenstag veräußert oder verliehen werden, nur um die jeweils nach den DBA erforderliche Mindestbeteiligungsschwelle zu erreichen, wirkungsvoll verhindert werden.

Zu Artikel III

Dieser Artikel ersetzt die bisherige Regelung zu Gewinnen aus der Veräußerung von Anteilen an einer Immobilien-gesellschaft in Artikel 13 Absatz 2 des Abkommens. Im Vergleich zum bisherigen Wortlaut wird die Regelung um einen Prüfzeitraum von 365 Tagen für die Beurteilung der Grundbesitzquote erweitert. Nach der neuen Regelung genügt es, wenn der Wert der Aktien oder von vergleichbaren Anteilen, die nicht an einer anerkannten Börse notiert sind, an einem Tag der dem Veräußerungstag vorhergehenden 365 Tage zu mehr als 75 Prozent auf unbeweglichem Vermögen beruhte. Dadurch soll sichergestellt werden, dass das Quellenbesteuerungsrecht an den Gewinnen aus der Veräußerung von Anteilen an Grundstücksgesellschaften besser gegen schädliche Steuergestaltungen abgesichert wird.

Durch die Einführung des 365-tägigen Prüfzeitraumes kann im Einzelfall der Tatbestand der Beschränkung des Besteuerungsrechts Deutschlands im Sinne des § 6 Absatz 1 Satz 2 Nummer 4 Außensteuergesetz, § 4 Absatz 1 Satz 3 Einkommensteuergesetz, § 12 Absatz 1 Körperschaftsteuergesetz oder gleichlautender Vorschriften auch ohne eine Handlung des Steuerpflichtigen erfüllt sein (sog. passive Entstrickung).

Zu Artikel IV

Dieser Artikel ersetzt den bisherigen Artikel 17 des Abkommens (Ruhegehälter, Renten und Sozialversicherungsleistungen). Der bisherige Regelungsgehalt des Artikels 17 bleibt durch die Neufassung grundsätzlich unverändert. Mit der Neufassung wird jedoch ein neuer Absatz 3 ergänzt, durch welchen das Besteuerungsrecht

an einer Leistung, die nach den Bestimmungen eines Sozialversicherungssystems eines Vertragsstaats ausbezahlt wird und keine Sozialversicherungsrente ist, künftig unabhängig von der in Absatz 2 enthaltenen 15 000 Euro-Grenze auch diesem Staat zugewiesen wird. Dadurch soll bewirkt werden, dass Leistungen aus der gesetzlichen Sozialversicherung eines Vertragsstaats (mit Ausnahme der Sozialversicherungsrenten), die eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person erhält, im erstgenannten Vertragsstaat (Quellenstaat) besteuert werden können und der andere Vertragsstaat (Ansässigkeitsstaat) diese Leistungen nach den Bestimmungen des Artikels 22 des Abkommens freistellt.

Diese Änderung des Abkommens erfolgt vor dem Hintergrund, dass einige Entgeltersatzleistungen aus der deutschen gesetzlichen Sozialversicherung, wie zum Beispiel das „Kurzarbeitergeld“, nach der deutschen Sozialgesetzgebung (§ 106 Absatz 1 Sozialgesetzbuch III) auf Basis der sog. Nettoentgeltdifferenz zwischen dem Lohn, den die Beschäftigten ohne den Arbeitsausfall hätten, und dem bei Kurzarbeit noch verbleibenden Lohn, berechnet werden. Dabei wird nicht der Bruttolohn verglichen, sondern – unabhängig von der Ansässigkeit der Leistungsempfänger – ein pauschalierter Arbeitslohn nach Steuern zugrunde gelegt. Insoweit gewährt das deutsche Sozialrecht beim Kurzarbeitergeld einen von vornherein gegenüber dem Brutto-Arbeitsentgelt reduzierten Leistungsanspruch. Eine Besteuerung des deutschen Kurzarbeitergeldes erfolgt daher in Deutschland nicht; die Einnahmen sind gemäß § 3 Nummer 2 a) Einkommensteuergesetz ausdrücklich steuerfrei. Wird die Leistung sodann im anderen Vertragsstaat (Niederlande) besteuert, wird dies von den Betroffenen als doppelte Belastung der Entgeltersatzleistungen empfunden. Durch die Zuweisung an den Quellenstaat Deutschland wird sichergestellt, dass diese Leistungen entsprechend dem innerstaatlichen Steuerrecht behandelt werden. Sieht das innerstaatliche Steuerrecht für diese Leistungen eine Steuerbefreiung vor, so kann diese künftig auch bei Leistungen an Personen, die in den Niederlanden ansässig sind, sichergestellt werden.

Aufgrund der Einfügung eines neuen Absatzes 3 werden in der Neufassung des Artikels 17 weitere Folgeanpassungen und redaktionelle bzw. sprachliche Änderungen vorgenommen.

Zu Artikel V

In den Absätzen 1 bis 4 dieses Artikels werden Anpassungen des Artikels 22 des Abkommens (Vermeidung der Doppelbesteuerung) vorgenommen, die aufgrund der Änderungen durch Artikel IV des Änderungsprotokolls erforderlich sind.

Absatz 5 dieses Artikels ergänzt die in Artikel 22 Absatz 2 des Abkommens enthaltenen Methoden zur Vermeidung der Doppelbesteuerung um einen neuen Buchstaben e. Künftig findet auf Einkünfte einer in den Niederlanden ansässigen Person in Fällen, in denen sich Deutschland durch eine unterschiedliche Anwendung des Abkommens an einer Besteuerung dieser Einkünfte ganz oder teilweise gehindert sieht, die Anrechnungsmethode anstelle der Freistellungsmethode Anwendung. Hierdurch sollen Fälle der doppelten Nichtbesteuerung oder der Niedrigbesteuerung vermieden werden.

Zu Artikel VI

Dieser Artikel ergänzt den Artikel 23 des Abkommens (Anwendung des Abkommens in bestimmten Fällen) um vier weitere Absätze.

Absätze 3 bis 5, die durch diesen Artikel hinzugefügt werden, setzen eine BEPS-Empfehlung zur Missbrauchsbekämpfung für in Drittstaaten oder -gebieten gelegene Betriebsstätten um. Doppelbesteuerungsabkommen vermeiden die Doppelbesteuerung unter anderem durch Begrenzung der Besteuerungsrechte in einem Quellenstaat zugunsten einer Besteuerung im Ansässigkeitsstaat. Dabei verzichtet ein Quellenstaat auf sein national bestehendes Besteuerungsrecht in der Annahme, dass die entsprechenden Einkünfte im Ansässigkeitsstaat ordnungsgemäß versteuert werden. Hat sich der Ansässigkeitsstaat allerdings in einem anderen Doppelbesteuerungsabkommen mit einem dritten Staat dazu verpflichtet, die Einkünfte einer in diesem Drittstaat belegenen Betriebsstätte steuerfrei zu stellen, kann er die ordnungsgemäße Besteuerung als Ansässigkeitsstaat einer Person nicht für Einkünfte sicherstellen, die der Drittstaatsbetriebsstätte zuzurechnen sind. Besteuert der Drittstaat die entsprechenden Einkünfte nicht oder nur niedrig, kommt es zu einer vom Quellenstaat nicht gewünschten Nicht- oder Niedrigbesteuerung dieser Einkünfte. Durch die Einfügung der ersten drei Absätze wird eine Mindestbesteuerung in Fällen einer Quellensteuerermäßigung sichergestellt.

Darüber hinaus wird mit Absatz 6, der durch diesen Artikel hinzugefügt wird, eine allgemeine Missbrauchsvermeidungsklausel ergänzt, die auf ein Hauptzweckkriterium abstellt („Principal Purpose Test“ – PPT). Danach können Vergünstigungen nach dem Abkommen in den Fällen versagt werden, in denen eine Gewährung dieser Vergünstigungen unangemessen wäre. Diese Regelung entspricht dem sog. BEPS-Mindeststandard zu Aktionspunkt 6.

Zu Artikel VII

Dieser Artikel ersetzt Nummer XIII des Protokolls zum Abkommen.

In Absatz 1 der neu gefassten Nummer XIII des Protokolls zum Abkommen wird der in Artikel 17 des Abkommens, welcher durch Artikel IV dieses Änderungsprotokolls geändert wird, verwendete Begriff „Sozialversicherungsrente“ sowohl für die Niederlande als auch für Deutschland definiert.

Absatz 2 der neu gefassten Nummer XIII des Protokolls zum Abkommen entspricht der bisherigen Regelung der Nummer XIII des Protokolls zum Abkommen. Aufgrund der Änderung des Artikels 17 des Abkommens durch Artikel IV dieses Änderungsprotokolls wurden sprachliche Anpassungen vorgenommen.

Absatz 3 der neu gefassten Nummer XIII des Protokolls zum Abkommen bestimmt, dass der durch Artikel IV des Änderungsprotokolls neu eingefügte Artikel 17 Absatz 3 des Abkommens entsprechend für das von Deutschland an eine in den Niederlanden ansässige Person ausgezahlte Elterngeld nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz anzuwenden ist. Hintergrund ist, dass im Hinblick auf das Elterngeld eine vergleichbare Problematik wie bei

den Leistungen aus der gesetzlichen Sozialversicherung (mit Ausnahme der Sozialversicherungsrenten) besteht.

Zu Artikel VIII

Dieser Artikel ersetzt Nummer XIV des Protokolls zum Abkommen. Die Neufassung dieser Protokollnummer erfolgt aufgrund der in den Niederlanden zum 1. Januar 2020 eingetretenen Rechtsänderung durch das Gesetz „Wet normalisering rechtspositie ambtenaren“ (WNRA). Nach diesem Gesetz erbringt ein Großteil der Beamten ihren Dienst künftig auf der Grundlage eines Arbeitsvertrags mit der Regierung anstelle einer Ernennung durch die Regierung („ambtelijke aanstelling“). Daraus ergibt sich die gleiche arbeitsrechtliche Stellung und der gleiche Schutz wie bei Arbeitnehmern (zum Beispiel in Bezug auf Kündigungen).

Diese Rechtsänderung soll jedoch nicht zur Nichtanwendbarkeit der Nummer XIV des Protokolls zum Abkommens führen, wenn der Anspruch auf das Ruhegehalt durch die einem Vertragsstaat oder einem seiner Gebietskörperschaften geleisteten Dienste (öffentlicher Dienst) erworben wird. Damit Auslegungsschwierigkeiten vermieden werden und damit sichergestellt wird, dass die Regelung nicht derart interpretiert wird, als sei die Art und Weise, wie die Beschäftigung vermittelt wird, für die Anwendung von Artikel 18 des Abkommens maßgeblich, erfolgt eine dahingehende klarstellende Anpassung des

Wortlauts der bisherigen Nummer XIV des Protokolls zum Abkommen.

Zu Artikel IX

Dieser Artikel ersetzt die Nummer XVIII des Protokolls zum Abkommen. Durch die Neufassung dieser Nummer wird die bisherige Datenschutzklausel aufgehoben. Diese ist aufgrund der zwischenzeitlich in Kraft getretenen Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (EU-Datenschutzgrundverordnung) nicht länger erforderlich. Da sowohl Deutschland als auch die Niederlande Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind, ist der Schutz personenbezogener Daten durch die Bestimmungen der EU-Datenschutzgrundverordnung gewährleistet.

Zu Artikel X

Dieser Artikel regelt in Absatz 1 die Ratifikation und in Absatz 2 das Inkrafttreten sowie die zeitliche Anwendung des Änderungsprotokolls. Hiernach tritt das Änderungsprotokoll am Tag des Austauschs der Ratifikationsurkunden in Kraft und ist für Deutschland ab dem 1. Januar des Jahres anzuwenden, das auf das Jahr des Inkrafttretens folgt.

